

Erdoğan-AnhängerInnen haben in Bremen das „ja“ zum Verfassungsreferendum in der Türkei mit Autokorsos gefeiert. In Hannover, wo die Bremer Türken abgestimmt haben, votierten nach türkischen Angaben 58,9 Prozent für das Referendum. Auch traurig: **windig-regnerische 0 bis 8 Grad**

WELTSCHMERZ AUF DER HÜHNERLEITER



Krise bei den deutschen Spargelfischern

LESERINNENBRIEFE

taz.bremen | Pieperstr. 7 | 28195 Bremen | briefe@taz-bremen.de | www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor.
Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jammern hilft nicht

betr.: „Bremischer Freischuss“, taz.bremen vom 13. 4. 17

Auch beim Oberprüfungsamt müssen Arbeiten und PrüferInnen per Post zusammenkommen, da ReferendarInnen und PrüferInnen i.d.R. in verschiedenen Bundesländern hausen. Und auch da happens shit, selbst bei Einschreiben mit Rückschein. Die Kunst besteht darin, mit den Unbillen des Lebens pragmatisch umzugehen. Jammern hilft nicht. CHUTRIELLA, taz.de

Hausgemachte Leiden

Betr.: „Internet killed the video star“, taz.bremen vom 10. 4. 17

Die Bürgerfunksender sind keineswegs Plattformen, wo man einfach nur selbst produzierte Beiträge ablefern kann. Dort arbeiten Mediennassen, die dir Nutzer fachlich beraten. Vielen YouTube-Beiträgen sieht man deutlich an, dass die Produzenten eine Fachberatung dringend nötig gehabt hätten. Der Niedergang des Bremer „Offenen Kanals“, von offensichtlich ahnungslosen Politikern beschlossen, hat gerade damit zu tun, dass die Mediennassen entlassen wurden. Es gehört zum Selbstverständnis der meisten niedersächsischen Bürgersender – ebenfalls durch die Landesmedienanstalt gesponsert –, dass auch Radio gemacht wird, und zwar überwiegend durchaus auf hohem Niveau. Niemand soll jammern, wenn jetzt der Bürgerfunk in Bremen YouTube nicht das Wasser reichen kann. Das sind hausgemachte Leiden. JÜRGEN FIEGE, Bremen

IN ALLER KÜRZE

Nun doch ein „Arisierungs-Mahnmal vor Kühne+Nagel“

Am Treppenaufgang zur Bau stelle von Kühne+Nagel (K+N) an der Schlachte haben Unbekannte ein provisorisches „Arisierungs“-Mahnmal installiert. Es besteht aus einer schwarzen Möbelgruppe, einem Koffer, der am Bauaußen hängt sowie einer Infotafel. „Das hier aufgestellte Mahnmal soll an die Beteiligung der Firma Kühne+Nagel am Holocaust erinnern“, heißt es dort unter anderem und: „Kühne+Nagel verweigert sich bis heute dem Gedanken und der Aufarbeitung ihrer Geschichte. Auf Druck

der Firma wird ein ursprünglich hier geplantes Mahnmal von dieser Stelle weg verlegt. Auch bleibt Historiker_innen der Zugang zum Firmenverwahrt.“ Kai Wargalla, Vorsitzende der Bremer Grünen, unterstützt die Aktion. Per Twitter teilte sie mit, das Mahnmal sei „nun genau da hingestellt, wo es hingehört: Direkt vor K+N.“ Wargalla unterstützt, anders als ihr Amtskollege Ralph Saxe, den Kompromiss des Koalitionsausschusses und des Beirats nicht, laut dem das tatsächlich geplante „Arisierungs“-Mahnmal in der Nähe der Teerhofbrücke entstehen soll. (taz)

Marsch gegen die Truppe

DEMO Der Ostermarsch in Bremerhaven ist größer und jünger geworden. Hauptthema in diesem Jahr waren Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen

VON EVA PRZYBYLA

Am Ostermarsch-Mikrofon in Bremerhaven stehen die SchülerInnen Anna und Lennart: Sie üben scharfe Kritik an der Bundeswehr, denn die wirbt intensiv an Schulen, verspricht hohe Gehälter und verlost Smartphones unter denen, die sich auf der Infoseite anmelden. An den Bundeswehr-Ständen auf dem Berufsinformationstag der Bremerhavener Schulen fehle vom militärischen Hintergrund jedoch jede Spur. Am Lloyd-Gymnasium habe die Bundeswehr im November nur unter Kindern und Jugendlichen zwischen zehn und sechzehn Jahren geworben.

Viele DemonstrantInnen sind empört und applaudieren laut, als Anna und Lennart vor der BGM-Smidt-Gedächtniskirche ein Werbungsvorbot an Schulen bis zum 15. Lebensjahr fordern. Den Mikrofonständen muss die SchülerInnen mehrfach festhalten, weil der Wind ihn sonst umreißen würde. Manche DemonstrantInnen drehen den Jugendlichen sogar den Rücken zu, um ihre Gesichter vor dem eisigen Aprilsturm zu schützen.

Trotz des miesen Wetters fiel der Bremerhavener Ostermarsch am vergangenen Samstag etwas größer als in den Vorjahren. Auffällig war besonders, dass von den knapp 70 TeilnehmerInnen ungefähr ein Drittel unter dreißig Jahre alt war. „Schon an der Vorbereitung haben in diesem Jahr mehr Jugendverbände teilgenommen“, sagt Mitorganisator Günter Matthiessen von der Linkspartei Bremerhaven.

Mobilisiert hatten die meisten Gruppen bereits für eine Demonstration im Januar: Sie wendete sich gegen die Verlegung der US-amerikanischen Truppen an die Ostgrenze des EU. Für dieses strategische Vorhaben der NATO wurden hunderte Panzer und schweres Kriegsgesetz aus den USA nach Bremerhaven verschifft und dort in Zügen umgeladen. „Ein Säbelrassel“,



Wackere FriedensdemonstrantInnen: Schietwetter-Ostermarsch in Bremerhaven Foto: Eva Przybyla

das den Konflikt zwischen der EU und Russland nur unnötig anheizt“, meint dazu ein Organisator der Initiative „Mut zum Frieden“.

Es gibt aber auch Kritik an der russischen Besetzung der Ukraine. Und die Linksjugend kritisiert den jüngsten Tomahawk-Angriff der USA auf die syrische Militärbasis, von der aus Assassinen Truppen den Giftgasangriff auf Zivilisten geflogen haben sollen. Den Hauptgrund für die Präsenz der Jugend auf dem Ostermarsch sieht Matthiessen jedoch beim Thema Bundeswehrwerbung an Schulen. Im Mittelpunkt steht hier der Bremerhavener StadtjugendschülerInnenring, zu dem auch Anna und Günter Matthiessen von der Linkspartei Bremerhaven gehören.

Die beiden hatten im vergangenen Jahr versucht, einen Infostand der Bundeswehr am Lloyd-Gymnasium zu verhindern. Verbieten wollte die Schulleitung die Werbung jedoch nicht. „Daraufhin wollten wir einen Informationsstand gegen die Bundeswehr“, sagt Lennart. Auch das lehnte der Schulleiter ab. „Er verhinderte unseren Stand als unfreundlichen Akt gegen die Bundeswehr“, sagt Anna. Nach massiven Protesten des Stadt-

schülerInnenrings durften sie schließlich doch ihren Stand aufzubauen – jenseits der Berufsinformationsmesse, zwei Stockwerke tiefer, „abseits von allen Schülern. Da ist niemand lang gelassen“. Anna und Lennart hätten den Bundeswehrstand nicht einmal besuchen dürfen, das habe die Schule verboten.

Ab und zu ziehen sowjetische Arbeitlerlieder herüber, ein Demonstrant hebt die Faust dazu

Ein Gymnasiallehrer begrüßt ihr Engagement auf dem Ostermarsch. Auch er sieht die Werbung kritisch, auch wenn die Bundeswehr nur über ihre zivilen Ausbildungslehrgänge informiert. „Nur so kommen sie an die Schulen. Die Rekrutierung von Jugendlichen ist verboten“, sagt er. Dennoch müsse über den militärischen Hintergrund des Ausbilders informiert werden, findet der Lehrer,

der lieber anonym bleiben will. Er habe mitbekommen, wie an den Bundeswehrständen massiv um eine 15-jährige Schülerin aus dem Kosovo geworben wurde. Nicht nur das Alter stört den Lehrer, sondern auch die gezielte Werbung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und von Geflüchteten. Für sie ist die Bundeswehr häufig der einzige Ausbilder nach der Schule. „Bei zivilen Ausbildungsbetrieben haben sie oft keine Chance“, sagt er.

Auf dem Ostermarsch sind auch vereinzelt Geflüchtete. Einige unterstützen der Bremerhavener Dialog-Verein für gleiche Rechte e.V., eine offene, überwiegend kurdisch-türkische Organisation, die auch Deutschkurse anbietet. Der Verein hat für den Ostermarsch technisches Equipment bereitgestellt und auf der Startkugelgestaltung am Hafen gegen das Türkei-Referendum protestiert.

Ab und zu ziehen auch sowjetische Arbeitlerlieder aus dem Lautsprecherwagen herüber, ein Demonstrant hebt die Faust dazu. Doch den Friedensmarsch dominieren Familien und bunte Fahnen – Dogmatismus überwiegt hier nicht.

Hilfe bei Beziehungsgewalt

GEWALT In Bremen soll durch ein Beratungsangebot verhindert werden, dass Opfer von Beziehungsgewalt ihre Anzeigen später wieder zurückziehen

Wie viele Opfer von Beziehungsgewalt ihre Anzeige spät rückziehen, weiß der Senat nicht. Das teilte er jetzt auf eine Anfrage der CDU zum Thema Hilfen bei häuslicher Gewalt mit. Aber er will versuchen, heißt es weiter, mit einem niedrigschwelligeren Beratungsangebot die Anzeigenrücknahmen zu reduzieren.

Seit dem ersten Oktober fragt die Polizei bei Einsätzen die Betroffenen schriftlich, ob sie ihre Daten an den Verein „Neue Wege“ weitergeben dürfen. Unterschreiben sie die Einverständniserklärung, sollen sie den Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen und keine Angaben mehr machen wollen, teilte der Senat Anfang des Jahres mit.

„Auch erscheinen sie nicht selten nicht zu Vernehmungen oder reagieren nicht mehr auf Schreiben der Polizei und der Staatsanwaltschaft“, hieß es weiter. Dies täten sie „auch aus Sorge um ihre Sicherheit und die ihrer Kinder“.

gegen die persönliche Freiheit, darunter Bedrohung und Stalking. In Einzelfällen ging es um Mord- und Totschlagsverfahren.

Und: „Man muss von einem nicht unerheblichen Dunkelfeld ausgehen“, sagte vergangenes Jahr BKA-Präsident Holger Münch, der zuvor Staatsrat für Inneres in Bremen war.

Viele der angezeigten Straftaten landen nicht vor Gericht, weil „die geschädigten Zeugen von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen und keine Angaben mehr machen wollen“, teilte der Senat Anfang des Jahres mit.

„Auch erscheinen sie nicht selten nicht zu Vernehmungen oder reagieren nicht mehr auf Schreiben der Polizei und der Staatsanwaltschaft“, hieß es weiter. Dies täten sie „auch aus Sorge um ihre Sicherheit und die ihrer Kinder“.

ses Vorgehen war, das zunächst sechs Monate erprobt wurde, will der Senat jetzt auswerten und die Ergebnisse Ende April veröffentlichen.